

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortliche Redakteur: Dr. J. Auer. Druck: Auer-Druckerei. Verlags-Gesellschaft m. b. H. Auer. Telegramm-Adresse: Auer-Tagblatt. Erzgebirge. Fernsprechnummer: Anhang Nr. 13.

Abonnementpreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mk. Bei der Post bezahlt und selbst abgeholt vierteljährlich 12.50 Mk., monatlich 4.20 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.50 Mk., monatlich 4.60 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsabnehmer und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Nebengespaltene Zeitspaltel oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., sonstige Anzeigen 80 Pfg., Kleinanzeigen für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 100 Pfg., sonst 120 Pfg. Bei größeren Abhängigkeiten entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis späteste 9 Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernschreiber erfolgt oder unvollständig nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 170

Montag, den 26. Juli 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Nach den Ergebnissen der Bergarbeiterkonferenz mit den Reichsbehörden beginnt die durch das Spaer-Abkommen auferlegte erhöhte Förderung für die Entente im Ruhrrevier bereits am kommenden Donnerstag, den 29. Juli.

Dr. Dörken war auf Anordnung des Reichspräsidenten in Wiesbaden verhaftet worden, wurde aber auf Veranlassung der deutschen Regierung wieder auf freien Fuß gesetzt.

Das Reutersbüro erfährt, daß der Völkerverbund am 30. Juli in San Sebastian zusammenzutreten soll.

Nach einem Moskauer Funkpruch hat die Sowjetregierung den Vorschlag Polens auf Abschluß eines Waffenstillstandes angenommen. Wie ein weiterer Funkpruch aus Moskau berichtet, zieht sich die rote Armee auf Befehl des bolschewistischen Oberkommandos zurück.

Aussprache im Reichswirtschaftsrat

Die Sachverständigen über Spa.

Im Reichswirtschaftsrat sind Sonnabend vormittag die Spa-Sachverständigen zu Worte gekommen, und unter ihnen wurde mit begrifflichem Interesse besonders Herr Stinnes angehört.

Bergwerksdirektor Stinnes

Ist der Ansicht, daß auf einen wesentlichen Rückschlag aus Oberschlesien nicht zu rechnen ist. Die Last hat ausschließlich das Ruhrgebiet zu tragen. Auch aus den Braunkohlengruben ist nicht viel zu erwarten. Die Last für das Ruhrgebiet ist unerträglich. Er stehe auf dem Standpunkt, daß wir viel zu viel zugewandt

haben, glaube aber nicht, daß, falls wir die Unterzeichnung abgelehnt hätten, es zum Einmarsch gekommen wäre. Da nun aber nichts mehr an der Tatsache zu ändern sei, so müsse man eben versuchen, mit der Bergarbeiterchaft zu einem Einvernehmen zu gelangen. Hierzu gehöre die bessere Ernährung, namentlich Verbesserung der Brotverforgung, und Beschaffung vermehrter Wohnungen. Dann würden monatlich 30 000 Tonnen mehr geschafft und die Krisis leichter überwunden werden. Der achtstündige Arbeitstag soll nach Möglichkeit beibehalten werden. Er beantrage die Bildung eines Ausschusses, der die Arbeitsbedingungen feststellen und auch durch Vergleiche mit dem Ausland bessern soll. An eine Verchiebung von Kohle nach dem Ausland glaube er nicht, eher an eine solche nach Deutschland, und dies könne nur angenehm sein. Zur Verstärkung der Braunkohlenförderung beantrage er Feststellung der Betriebe im Umkreis von 75 bis 100 Kilometer vom Erzeugungsorte, die von der Steinkohlenförderung zur Braunkohlenförderung übergehen können. Auch in die Gas- und Elektrizitätswirtschaft müsse ein System gebracht werden, um jede Bereicherung von Kohle zu vermeiden. Aber diese Frage könne nicht allein von Berlin geregelt werden. Von hier aus sollten nur allgemeine Direktiven gegeben werden. Im übrigen aber sollten in den einzelnen Wirtschaftsgebieten eigene Zentren geschaffen werden, welche über die Ausnützung der Wasserkraft, der Stein- und Braunkohle zu wachen hätten. In der Frage der Sozialisierung sehe er eine Gefahr. Das hätte nur einen Zweck, wenn es sich um die Schaffung neuer Werke handelte, nicht um die Verteilung bereits vorhandener Werte.

Minister des Äußeren Simons

erklärte, er wolle nicht über die Gründe sprechen, die zur Unterzeichnung führten. Ein solches Recht habe nur der Reichstag, nicht der Reichswirtschaftsrat. Die Vorredner hätten auch schon vielfach den Rahmen dessen überschritten, was zum Wirkungskreis des Hauses gehöre. Es gelte z. B. Fragen über die Folgen einer Okkupation nicht hierher. Er bedauere, daß gegen einzelne Sachverständige Vorwürfe erhoben wurden. Der gute Wille der Arbeiterchaft sei die Hauptsache. Er erinnerte an die gestrige Konferenz zur Ernährungsfrage. Die Erwartungen Lloyd Georges über die Kohlenlieferungen aus Oberschlesien teile er ebensowenig wie Geheimrat Higer. Daß man uns in der oberschlesischen Kohlenkommission einigermassen anständig behandeln werde, glaube er annehmen zu können, zumal Lloyd George selbst erklärt habe, daß nicht die Zahl der Vertreter, sondern die persönliche Bedeutung in der Kommission den Ausschlag geben werde. Jedenfalls sei hierdurch viel für uns erreicht und der Entente die Ueberzeugung beigebracht, daß es mit dem Kohlenabkommen nicht gegen, sondern nur mit Deutschland gebe.

Berner sprachen noch Verbandsvorsitzender Imbisch (Centrumsmittglied des Reichstags), Rudolph (Arbeitnehmervertreter der Innenschriftführer), Geheimrat Higer, Dr. Katzenau, Herr von

Schorlemer (Arbeitgebervertreter der Landwirtschaft) und Wissell. In der Nachmittagsitzung gelangte nachstehende

Entschließung des wirtschaftspolitischen Ausschusses zur Verteilung:

Der Reichswirtschaftsrat erblickt in dem Kohlenabkommen von Spa eine Belastung des deutschen Wirtschaftslebens, deren Folgen unabsehbar sind. Wenn die durch das Abkommen bedingte verschärfte Kohlenknappheit nicht zu einer Katastrophe für Land und Volk führen soll, so muß sofort eine ungeheürlich starke Steigerung der Kohlenproduktion eintreten. Sie hat eine Kraftanstrengung der Bergarbeiter zur Voraussetzung, die bei den derzeitigen Ernährungsverhältnissen nicht geleistet werden kann. Der Reichswirtschaftsrat wird zu der Art und Form der Sozialisierungsmaßnahmen des Kohlenbergbaues imgehend Stellung nehmen, sobald der Bericht der Sozialisierungskommission vorliegt. Zur Durchführung der eingegangenen Lieferungsverpflichtungen ist erforderlich vorübergehende Ueberarbeit der Bergleute, Verbesserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter, Steigerung der Erzeugungsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft und Förderung der Umlieferung in den Bergrevieren. In jedem Kohlenrevier wird eine Kommission von 3 Arbeitgebern und 3 Arbeitnehmern zur Prüfung der betriebstechnischen und bergtechnischen Verhältnisse eingesetzt. Ferner ist erforderlich eine sofortige gründliche Durcharbeitung der Kohlenverteilung nach volkswirtschaftlichen und bergtechnischen Gesichtspunkten, weitgehende Verwendung von Braunkohle, weitere Ausnützung der Wasserkraft, Anspannung der Verkehrs-einrichtungen zu Wasser und zu Lande, Hebung der Warmewirtschaft in allen Betrieben gewerblicher und industrieller Art, sowie Sicherung der während der Verhandlungen in Spa in Aussicht gestellten zureichenden Belieferung der deutschen Wirtschaftsgebiete mit ober-schlesischer Kohle.

Diese Resolution wurde fast einstimmig angenommen. Das Haus vertagte sich sodann auf unbestimmte Zeit. Die nächste Sitzung hängt von der Konferenz in Genf oder Brüssel ab und wird voraussichtlich Ende August stattfinden.

Die Volksabstimmung in Eupen-Malmedy.

Nur 270 Stimmen gegen die Einverleibung durch Belgien.

Aus Brüssel wird folgende Tages-Nachricht verbreitet: Bei der in den Kreisen Eupen und Malmedy veranstalteten Volksabstimmung haben von 33 726 Stimmberechtigten im ganzen 270 gegen die Einverleibung in Belgien protestiert.

Anmerkung des Volkschen Telegraphenbüros: Die Abstimmung hat bekanntlich unter belgischer Leitung stattgefunden. Die belgischen Behörden haben ein wahres Scheitern von Schwierigkeiten, Schikanen, Weiterungen und Trögnungen erfunden, um eine wirkliche Abstimmung zu verhindern. Jedem, der für Deutschland stimmte, wurde die Verleumdung, die Lebensmittelverfälschung und der Geldumtausch entzogen und obendrein wurde er mit Ausweisung bedroht. Bei dieser Sachlage kann es nicht wundernehmen, wenn die eingeschickerte Bevölkerung sich nicht getraute abzustimmen. Wenn man daher in Belgien über das bekanntgegebene Ergebnis jubeln sollte, würde man sehr unglücklich sein. Im Gegenteil, betrachten man, daß die beiden Kreise nie belgisch waren, nie nach Belgien verlangt haben, und nach Geschichte, Sprache und Wirtschaftsinteressen ausschließlich zu Deutschland gehören, so wird man gerade in den mitgeteilten Zahlen den besten Beweis für die ungeheure Vergewaltigung erblicken. Die in Malmedy vor sich gegangene ist. Wenn kaum ein Hundertstel der Stimmen für Deutschland abgegeben wurden, so ist dies Mißverhältnis so handgreiflich, daß kein Unbefangener daran wird vorbeigehen können, und daß auch der Völkerverbund, der unlängst über das Schicksal der beiden Kreise entschieden hat, dies Ergebnis nicht als den Ausdruck des wahren Volkswillens wird ansehen können.

Sowjet-Rußland zum Waffenstillstand bereit!

Die Sowjetregierung hat in einem Funkpruch ihren Generalfeld von ihrer Bereitwilligkeit unterrichtet, in Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten und gleichzeitig das polnische Oberkommando aufzufordern, den Verhandlungsort zu bezeichnen. Worauf dieser Beschluß der Sowjetregierung zurückzuführen ist und was er bedeutet, läßt sich im Augenblick nicht sagen. Allerdings hat man von Moskau und Petersburg aus wiederholt erklärt, daß man zu direkten Verhandlungen mit Polen unter Ausschaltung der Alliierten, die ihre Vermittlung angeboten hatten, bereit wäre, aber die Meinung war doch vorhersehbar,

daß die russische Armee mitten in ihrem Siegeszuge nicht plötzlich halt machen werde. Jetzt wird aber Paris gemeldet, sie werde zur Lage gezogen, was freilich wohl nicht allzu viel besagt. Alles weitere wird nun zunächst von den Waffenstillstandsbedingungen abhängen. Ob die bolschewistischen Volkskommissare und Militärs sich durch die Ankündigung englischer und französischer Hilfe für Polen, oder durch kriegerische Maßnahmen in Rumänien zu ihrer jetzigen Taktik haben bewegen lassen, oder ob sie nur die Alliierten vorläufig beruhigen und Zeit gewinnen wollen, wird vorläufig niemand mit Bestimmtheit sagen können, und es hätte wenig Zweck, darüber zu spekulieren. Jedenfalls aber mußte die Sowjetregierung schon in dem Augenblick, wo sie das Vermittlungsangebot der Alliierten zurückwies, ein schärferes Austreten Englands und Frankreichs erwarten, und sie kann von den bisherigen, zum Teil noch im Stadium der Erwägung befindlichen Maßnahmen der Entente also zum mindesten nicht überrascht worden sein. Möglich ist natürlich auch, daß die Volkskommissare, wie man oft berichtet, allzu glänzende Triumphe ihrer Militärs und beispielsweise einen Einmarsch in Warschau nicht gern sehen würden oder wirklich fürchten müssen. Aber auch das gehört nur in das Gebiet der Vermutungen.

Die Sicherung Ostpreußens.

Deutsche Note an die Alliierten.

Dem Präsidenten der Friedenskonferenz in Paris am 21. Juli folgende Note überreicht worden: Nach Mitteilungen, welche die deutsche Regierung erhalten hat, sind die Truppen der Sowjetregierung nur noch wenige Tagesmärsche von der ostpreussischen Grenze entfernt. Zur Wahrung der Neutralität, zur Sicherung der Grenzen und zur Beruhigung der Bevölkerung, die noch in Erinnerung an die früheren Russeneinfälle aufs äußerste erregt ist, erscheint es erforderlich, eine freiwillige Schutzwehr der Eingewiesenen zu bilden, die im äußersten Notfall zur Unterstützung der Grenzschutztruppen herangezogen werden kann. Die deutsche Regierung bittet die alliierten Regierungen, hierzu ihre Zustimmung zu erteilen und darin nicht einen Verstoß gegen die bei den Verhandlungen in Spa getroffenen Abreden zu erblicken. Gleichzeitig bittet die deutsche Regierung, ihr zu gestatten, die zur Wahrung der Neutralität und für den Schutz der Grenzen erforderlichen Truppen durch die Abstimmungsgebiete Allenstein und Marienwerder an die Grenze dieses Gebietes zu senden. Die deutsche Regierung geht davon aus, daß nach dem Friedensvertrag die Souveränität im Abstimmungsgebiet bei ihr verbleiben und sie daher völkerrechtlich verpflichtet ist, die geeigneten Vorkehrungen gegen etwaige Verletzungen der Neutralität und der Reichsgrenzen zu treffen. Die Einzelheiten werden zweckmäßig mit dem Internationalen militärischen Ueberwachungs-ausschuß in Berlin zu vereinbaren sein.

Tatsache von Kriegsmaterial verboten.

(Antik.) Die Reichsregierung hat unter dem 25. d. M. eine Verordnung erlassen, wonach im Hinblick auf die Neutralität Deutschlands im Kriegszustand Polen und Sowjetrußland die Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Munition, Pulver und Sprengstoffen, sowie von anderen Artikeln des Kriegsbedarfes verboten wird, soweit diese Gegenstände für die Gebiete eines der beiden kriegführenden Länder bestimmt sind. Die Reichsregierung hat mit dem Erlaß dieses Verbotes von einer ihr nach anerkanntem Völkerrecht zustehenden und durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages unberührt gebliebenen Verfügungsbefugnis Gebrauch gemacht. Dadurch ist jeder Möglichkeit vorgebeugt, daß eine kriegführende Partei vor der anderen durch Zuführen von Waffen usw. durch deutsches Gebiet begünstigt wird.

Die Eisenbahner verhindern alle Kriegstransporte.

Der erweiterte Vorstand des deutschen Eisenbahnerverbandes, der mehr als eine halbe Million Eisenbahnenbeamte und Arbeiter vertritt, hat unter Teilnahme von Vertretern der Eisenbahner des ganzen Reiches in seiner gestrigen Sitzung folgende Entschliebung mit 72 gegen 1 Stimme angenommen: Die deutsche Regierung hat für Deutschland die Neutralität gegenüber Polen und Rußland erklärt. Der erweiterte Vorstand des deutschen Eisenbahnerverbandes hält diese Politik als die für Deutschland einzig richtige und erklärt es für eine unbedingte Notwendigkeit, jede Verletzung der Neutralität durch Transporte von fremden Truppen oder Kriegsmaterial durch deutsches Gebiet mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern.

Das neue Wehrgesetz.

Das neue Wehrgesetz ist fertiggestellt. Die Umschaffung der allgemeinen Wehrpflicht in gleich im Anfangsparagraphen zum Ausdruck gebracht. Die aus Reichsheer und Reichsmarine bestehende Wehrmacht soll aus freiwillig einretrenden Soldaten gebildet werden, die ausnahmslos die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen. Das militärische Dienstverhältnis beruht nach den neuen Bestimmungen auf einem

Sie
angeige zu
u belegen,
erlangen,
über einen
kaufen oder
empfehlung
et zu
ren Sie
blatt", des
ellen Ver-
en Stellen
folg bietet.
Puffe
angab
weist
erhalten
st a II
ntstr. 5.
hmer
Obst,
epfel.
S. H.,
che
sowie
achen
r. 33. I.
ier
lattes
stikat,
erzie,
izöl u.
bstoff
obuffe
nit.
on 2818.
ann
ber verant-
st einer
chter
ihm legt
am elter-
zu be-
ngenehm
C. 5330
ten.